

Venezuela

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
29,0 Millionen	Christen	94,3%
	Religionslose	2,6%
	sonstige	3,1%



Im August 2009 trat ein neues Bildungsgesetz in Kraft. Religionsunterricht an staatlichen Schulen ist danach nicht mehr vorgesehen, religiöse Bildung sei vielmehr Aufgabe der Familie. Kardinal Jorge Urosa Savino beklagte, dass das neue Gesetz Religion aus dem Schulbetrieb herausnehme, während doch in der staatlichen Verfassung ein Recht auf Religionsunterricht in der Schule garantiert sei. Schulleiter wurden von den staatlichen Behörden gewarnt, dass eine Missachtung des neuen Gesetzes die Schließung von Schulen zur Folge haben und Lehrer für bis zu zehn Jahren aus dem Schuldienst ausgeschlossen werden könnten.

Aufgrund von Informationen aus dem Umkreis der venezolanischen Bischöfe wies KIRCHE IN NOT im November 2009 auf die Gefahr hin, dass die Regierung von Hugo Chávez Kirchen, kirchliche Schulen und Kircheneigentum beschlagnahmen könnte, um die Kirche an ihrer Arbeit zu hindern. Ein Ortsvorsteher kündigte tatsächlich die Verstaatlichung mehrerer kirchlicher Schulen aus Denkmalschutzgründen an. Einige Vertreter der Kirche befürchteten, dass dies nur ein erster Schritt eines allgemeinen landesweiten Programms zur Enteignung der Kirche ist.

Dies alles trug dazu bei, dass Venezuela im Jahresbericht der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF) zum zweiten Mal auf die Beobachtungsliste gesetzt wurde.

Präsident Hugo Chavez setzte sein Programm zur Umgestaltung der Gesellschaft nach sozialistischen Grundsätzen fort und hatte dabei die Politik von Fidel Castro in Kuba als Vorbild vor Augen. Die Kirche nimmt immer offener Stellung zu Missständen im Bereich grundlegender Menschenrechte und zieht damit die Feindseligkeit der Regierung auf sich.

Vertreter der Regierung warfen der Bischofskonferenz vor, sich zu einer politischen Partei zu entwickeln, welche die Interessen von Gruppen und nicht

die des Volkes vertrete. Außerdem reagierten die staatlichen Behörden negativ auf Äußerungen des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof Ubaldo Santana, anlässlich des Ad-limina-Besuchs, bei dem er gegenüber Papst Benedikt XVI. seine Sorge über die wachsende politische Polarisierung zum Ausdruck brachte, welche Gewalt, Unsicherheit und Hass schüre und das demokratische Zusammenleben im Land gefährde. Der Katholischen Kirche wurde auch Kollaboration mit den USA gegen die Regierung vorgeworfen.

Das US-Außenministerium hat Venezuela auf seine Beobachtungsliste gesetzt und kritisiert insbesondere die Politisierung im Justizwesen und staatliche Schikanen gegenüber der politischen Opposition.

Bei Angriffen auf Geistliche wurde seitens der Regierung zu wenig unternommen, die Drahtzieher zu finden. Im Januar 2009 griffen Mitglieder der Vereinigung La Piedrita das Haus des Apostolischen Nuntius mit Tränengas an. Dies war die sechste Ausschreitung in zwei Jahren. Die Randalierer hinterließen Flugblätter, auf denen sie die Priester beschimpften, welche die Regierung kritisiert hatten. Der Anschlag ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die Nuntiatur Mitgliedern der Opposition und einem studentischen Oppositionellen Asyl gewährt hatte.

Bei den Parlamentswahlen im September 2010 konnte Hugo Chavez mit seiner Regierung nur noch einen knappen Vorsprung erzielen. Im Jahr 2012 will er sich für weitere sechs Jahre zum Präsidenten wählen lassen und seine „Bolivarianische Revolution“ fortsetzen.

Quellen

ACI www.aciprensa.com
Venezuelanische Bischofskonferenz www.cev.org.ve
USCIRF www.uscirf.gov
El Universal www.eluniversal.com
Venezolana de Televisión www.vtv.gob.ve
Zenit www.zenit.org